



Nicht nur Bauern stellen sich gegen die Monsanto-Übernahme durch Bayer. Unterstützung bekommen sie nun auch von den TeilnehmerInnen des deutschen Kirchentags.

Baysanto: EU-Bürger dagegen, Kommission dafür?

Veröffentlicht am: 06.03.2018

Die Mehrheit der Menschen in der EU lehnt eine Fusion der beiden Saatgut- und Pestizidkonzerne Bayer und Monsanto ab. Das ergab eine Umfrage des Instituts YouGov für den Umweltverband Friends of the Earth Europe (FoE) in mehreren EU-Staaten. Von den 2040 befragten Deutschen hatten 53 Prozent „große“ bis „sehr schwerwiegende Bedenken“, gegen den Zusammenschluss.

Die Mehrheit der Befragten befürchte negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Saatgutwahl und die Menge von chemischen Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmitteln in der Landwirtschaft, sagte Silvia Bender, Abteilungsleiterin Biodiversität beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND): "Die Umfrageergebnisse bestätigen uns in unserer Forderung an die EU-Kommission, die Übernahme zu stoppen."

Auch in den anderen untersuchten EU-Staaten Frankreich, Spanien, Dänemark und Großbritannien war die Ablehnung der Fusion groß. Insgesamt äußerten 47 Prozent der Befragten starke Bedenken, während nur elf Prozent in dem Zusammenschluss ein positives Potential sahen. Der geplante Zusammenschluss habe „sehr wenig öffentliche Unterstützung“ fasste FoE-Campaigner Adrian Bebb die Ergebnisse zusammen.

Bis 5. April will die EU-Kommission mitteilen, ob sie der Übernahme von Monsanto durch Bayer zustimmt. Zuletzt meldete die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Insider, dass die Kommission kurz davor stehe, gegen Auflagen grünes Licht zu geben. Bereits im Oktober 2017 hatte Bayer erklärt, für 5,9 Milliarden Euro Teile des Geschäfts mit Saatgut und dem Herbizid Liberty (Wirkstoff Glufosinat) an den Mitbewerber BASF zu verkaufen. Nun soll Bayer nach Angaben des Handelsblatts den Behörden auch den Verkauf seines restlichen Saatgutgeschäfts angeboten haben. „Zudem habe der Konzern signalisiert, Konkurrenten Zugang zur IT-Plattform für die digitale Landwirtschaft zu geben, über die Landwirte ihre Produktion steuern können“, schreibt das Handelsblatt mit Verweis auf „Industriekreise“. Die Zeitung spekuliert, dass sich die US-Kartellbehörden bereits mit den europäischen Kollegen abgesprochen haben und die Fusion ebenso freigeben könnten.

„Die geplanten Abspaltungen und Zugeständnisse von Bayer reichen nicht aus, um einen wirksamen Wettbewerb sicher zu stellen“, kommentiert Martin Schulz, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) diese Informationen. Nach der Fusion würde Bayer-Monsanto 31 Prozent des Saatgutmarktes und 27 Prozent des Pestizidmarktes beherrschen sowie ein Viertel der in diesem Bereich erteilten Patente besitzen. Diese Marktbeherrschung hätte fatale Auswirkungen auf den Preis-, Produkt-, Innovations- und Forschungswettbewerb und auf die Sortenauswahl und Vielfalt, schreibt die AbL.

Besondere Sorge bereitet dem Verband, dass Bayer-Monsanto auch die Digitalisierung der Landwirtschaft dominieren würde. Beide Konzerne hätten in den letzten Jahren erheblich in den Kauf von Dienstleistern, Roboterentwicklung, Analytik- und Optimierungstools investiert und seien Partnerschaften mit großen Landmaschinenhändlern eingegangen. „Bayer-Monsanto würde aufgrund ihres erheblichen Technologie- und Investitionsvorsprungs die Digitalisierung der Landwirtschaft beherrschen“, warnt Schulz. Die AbL ruft deshalb die EU-Wettbewerbskommissarin Margarethe Vestager auf, die Fusion zu stoppen: „Zeigen Sie Mut und setzen Sie sich für einen echten und fairen Wettbewerb ein – statt für die Gewinn-Interessen der Konzerne.“ [If]

Links zu diesem Artikel

- [Friends of Earth Europe: EU citizens reject Bayer-Monsanto merger, says new polling](#)

(27.02.2018)

- Reuters: Bayer winkt Freigabe der Monsanto-Übernahme (28.02.2018)
- Handelsblatt: Bayers Showdown um Monsanto (25.02.2018)
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): Mega-Fusion von Bayer-Monsanto stoppen (02.03.2018)
- Infodienst: Baysanto: Erst die Hälfte der Behörden hat zugestimmt (05.02.2018)